

03.04.2014

Niederschrift

Unterausschuss des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie

am 19.03.2014 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal I | Friedrich-Ebert-Straße 17 |
59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:30 Uhr

Anwesend:

Stellvertretender Vorsitzender

Herr Gerhard Meyer

Kreistagmitglieder SPD

Herr Martin Wiggermann

Kreistagmitglieder CDU

Frau Ursula Sopora

Kreistagmitglieder FDP

Herr Sigurd Senkel

Kreistagmitglieder DIE LINKE.

Herr Werner Sell

Gäste

Herr Uwe Ringelsiep, Geschäftsführer Jobcenter Kreis Unna

Herr Sven Brüggendorst, stellvertretender Geschäftsführer Jobcenter Kreis Unna

Verwaltung

Herr Rüdiger Sparbrod, Dezernent

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Herr Meyer begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Unterausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Punkt 2 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2014

- Punkt 3** Sonderprogramm "Inklusionsinitiative für Ausbildung und Beschäftigung"
- Punkt 4** 205/13 Entwicklung der Kosten für Unterkunft im Kreis Unna; Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.11.2013
- Punkt 5** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 6** Bericht des Geschäftsführers Jobcenter Kreis Unna; Personalhaushalt und Finanzen 2014
- Punkt 7** Zielvereinbarung 2014
- Punkt 8** Konzept "Joboffensive Lünen"
- Punkt 9** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2014

Erörterung

Herr Sparbrod führt aus, dass in einer Feinabstimmung das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogrammes 2014 punktuell angepasst worden sei. Man habe Wert darauf gelegt, dass der Beschluss des Kreistages aus dem „Sofortprogramm Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung“ Berücksichtigung finde.

Herr Wiggermann (SPD-Fraktion) fragt nach, wie das Vermittlungsergebnis zukünftig verbessert werden solle und ob es bereits Absprachen mit der Bundesagentur gebe, inwieweit bereits vor dem Ablauf der SGB III-Zeit ein gemeinsames Management von SGB II und SGB III erfolgen könne.

Herr Ringelsiep antwortet, dass das Vermittlungsergebnis deutlich verbessert werden solle und das Jahr gut begonnen hätte. Entsprechende Zahlen lägen immer erst mit dreimonatigem Verzug vor; demnach erhalte man im April die Januar-Zahlen. Es deute alles darauf hin, dass sich die Zahlen der hiesigen Region als gut bis sehr gut herausstellen würden. Des Weiteren äußert Herr Ringelsiep, dass es zum Bereich SGB II und III Absprachen gebe und er könne darüber gerne in der nächsten Sitzung berichten. Es gebe in jeder Region Nordrhein-Westfalens steigende Übertritte vom SGB III- in den SGB II-Bereich. Des Weiteren gebe es in

jeder Region das Phänomen, dass mit unterschiedlichem Niveau sogenannte Aufstocker, die Bezieher von Arbeitslosengeld I, auch Arbeitslosengeld II bekämen.

Herr Brüggendorff ergänzt zum Thema „Integrationen“ bzw. „Vermittlungen“, dass die Vermittlungsquote im landesweiten Vergleich ordentlich sei. Dennoch wäre bekannt, dass auf kommunaler Seite von den Vermittlungen nicht profitiert werde. Durch die Anrechnung von Einkommen würde zunächst der Bundesanteil saturiert und der kommunale Anteil hinten an. Es sei darüber nachgedacht worden, wie man Bedarfsdeckungen innerhalb der erzielten Integration hinbekommen könnte. Das bedeute, man würde sich Werkzeuge dafür ausdenken, wie Personen/Personengruppen identifiziert werden könnten, deren Integration dann tatsächlich dazu führe, Mittel auf kommunaler Ebene einsparen zu können.

Herr Senkel (FDP-Fraktion) fragt nach, ob es bereits Gedanken dazu gebe, wie man zukünftig mit den Personen der auslaufenden Bürgerarbeit umgehe. Denn Integrationen hätten nur in geringem Maße stattgefunden.

Herr Ringelsiep antwortet, dass er auf ein Nachfolgeprogramm hoffe. Heutiger Stand sei, dass es beim Jobcenter nicht für alle Bürgerarbeitsplätze eine Lösung geben werde, dennoch seien für einige Personen bereits entsprechende Anschlussmöglichkeiten gefunden worden. Sollte es kein neues Programm geben, dann hätte das Jobcenter für die Personen, die im IV. Quartal freigesetzt würden keine Finanzierungsmöglichkeit. Seit 2010 hätten Eingliederungsmittel von 36,9 Millionen Euro vorgelegen und jetzt seien es 20,3 Millionen Euro. Dies stelle eine deutliche Reduzierung dar und somit könne nicht mehr auf allen Gebieten reagiert werden.

Auf Nachfrage von Herrn Sell teilt Herr Brüggendorff mit, dass das Jobcenter die Personalkosten nicht unmittelbar an das Personal entrichte; eine Entlohnung fände durch die jeweiligen Träger statt. Ihm sei nicht bekannt, wie zum Beispiel der Fachdienst Zentrale Dienste für das Jahr 2014 gerechnet habe. Er wisse somit nicht, welche Aufschläge es gebe, tippe aber auf zwei Prozent.

Herr Ringelsiep teilt mit, dass seiner Kenntnis nach die Bundesagentur zwei Prozent kalkuliert hätte.

Herr Sparbrod ergänzt, dass beim Bund nicht nachgesteuert werde. Wenn der jetzige Personalstandard, der nach Fallzahlen vorgeschrieben sei, aufrecht erhalten werden solle, dann käme man ohne eine Gegenfinanzierung aus dem Eingliederungsetat nicht aus.

Herr Sparbrod gibt eine Grafik zur Niederschrift (siehe Anlage 1), aus der hervorgeht, wie sich die Eingliederungsleistungen, die Integrationen und die passiven Leistungen entwickelt hätten. Die Umschichtungen hätten sich bundesweit mehr als vervierfacht. Der Bundesgesetzgeber gebe einen bestimmten Level vor, steuere aber nicht nach und das sei problematisch.

Frau Paschedag-Reinholz ergänzt, dass der kommunale Träger 15,2 Prozent der Erhöhung mittrage.

Auf Nachfragen von Herrn Meyer antwortet Herr Ringelsiep, dass der Kreistag einstimmig beschlossen hätte, dass das Jobcenter Alleinerziehende in den Focus nehmen solle. Es sei schwierig, in diesem Bereich Fallabschlüsse zu erreichen. Aktuell habe das Jobcenter rund 3.700 Alleinerziehende in der Betreuung. Hier solle die Arbeitslosigkeit um fünf Prozent gesenkt werden.

Des Weiteren sei es unbefriedigend, speziell in den letzten beiden Jahren, mehr kommunale Kosten verursacht zu haben, so Herr Ringelsiep. Hier gebe es Kausalzusammenhänge; eine Regelsatzerhöhung hätte unmittelbare Auswirkungen in Millionenhöhe auf die Kosten der Unterkunft. Des Weiteren gebe es Rahmenbedingungen und steigende Energiekosten hätten ebenfalls unmittelbare Auswirkungen auf die Kosten der Unterkunft. Die Demografie sei zurzeit der Feind des Jobcenters. Somit kämen mehr Personen in das System als hinaus. Wenn kein Wunder geschehe, zum Beispiel in Form von Gesetzesänderungen, dann werde es im nächsten Jahr weitere Kostensteigerungen geben.

Punkt 5

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Anlagen

1. Grafik "Eingliederungsleistungen, Verwaltungskosten, Umschichtungen"
2. Präsentation "Inklusionsinitiative für Ausbildung und Beschäftigung"

gez. Gerhard Meyer
Stellvertretender Vorsitzender

gez. Birgit Scholz
Schriftführerin